

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 1. Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 1,50 Reichsmark pro Quartal.

Der "Vorwärts" mit der "Mittwoch" im Gesamtumsatz "Welt und Zeit" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Witz", "Was der Himmel", "Sozialrevue", "Frauenstimme", "Der Kinderfreund", "Jugend-Vorwärts", "Witz in die Zukunft", "Kulturzeitung" und "Schicht" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
25. Januar 1928
10 Pfennig

Die einpfeilige Nonpareilgröße 10 Pfennig Nonpareilgröße 6-8 Reichsmark "Kleine Anzeigen" des Monatshefts "Welt und Zeit" wöchentlich zwei freigebrachte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote, das erste Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Werts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Unter den Eichen 1. wochentaglich von 6 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhofs 192-197. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

FabrikEinsturz in Kassel.

4 Verletzte, 1 Toter, fahrlässige Bauausführung.

Kassel, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Auf dem Neubau der Kasseler Baudruckfabrik, die zu dem bekannten Kasseler Konzertsaal gehört, ereignete sich heute vormittag um 10 1/2 Uhr eine schwere Einsturzkatastrophe. Ein Teil des Gebäudes, der von sechs Betonstützen gestützt wurde, brach zusammen.

Der Aufmerksamkeits des Poliers der Firma, die die Maurerarbeiten ausführt, ist es zu danken, daß größere Opfer an Menschenleben glücklicherweise vermieden wurden. Der Polier hatte an einer Säule die plötzliche Bildung auffälliger Risse bemerkt. Er schlug sofort Alarm und erreichte, daß der größte Teil der auf der Baustelle Beschäftigten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Ehe noch die letzten das gefährdete Gebäude verlassen hatten, stürzte das Haus unter donnerartiger Getöse zusammen. Sofort eilten alle verfügbaren Sanitätsrettungswagen und die Kasseler Feuerwehr zur Unglücksstelle. Ihren gemeinsamen Bemühungen gelang es, zunächst drei Verletzte, von denen einer schwere Verletzungen erlitten hatte, zu bergen. Der Montageleiter einer auswärtigen Firma für Heizungsanlagen wird noch vermisst. Man glaubt, daß er unter den Trümmern liegt und versucht mit seinem Tode.

Ueber die Ursache der Katastrophe sind nähere Einzelheiten noch nicht bekanntgeworden. Doch geht in Kassel seit längerem das Gerücht um, daß die Bauarbeiten mit einer unerhörten Nachlässigkeit ausgeführt worden sind. Als Bindemittel für die Ziegelmauern wurde kein ordnungsmäßiger Mörtel, sondern ein Gemisch, das zum größten Teil aus Lehm besteht, verwendet. Die Auf-

räumungsarbeiten werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Bis zur Stunde sind Feuerwehrlente, Sanitäter und Arbeiter emsig bemüht, Ordnung auf der Trümmerstätte zu schaffen und vor allem versuchen sie, die Leiche des vermissten Montageleiters zu finden.

Häuserinstürze in mehreren Stadtteilen Berlins, auch in Frankfurt am Main und Nürnberg, jetzt auch der Einsturz des Fabrikneubaus in Kassel — das ist eine Häufung von Ereignissen gleicher Art, die alarmierend wirkt. Daß die alten Häuser von privaten Bauherren gebaut wurden, daß auch der Kasseler Bau bei einer privaten Baufirma zur Ausführung gelangte, ist bei der heutigen Verfassung des Bauamtes selbstverständlich, wenn es auch auf die fachliche Tüchtigkeit dieser Kreise ein eigenartiges Licht wirft. Aber man muß sich doch fragen: haben die Behörden, die mit der Verhinderung notwendiger Neubauten gewöhnlich sehr rasch bei der Hand sind, auch wirklich alles getan, um derartige Unglücksfälle zu verhindern?

Man muß das bezweifeln. Aber wohin soll es führen, wenn das Bohren in einem älteren Haus und der Bau einer neuen Fabrik in gleichem Maße gefährlich sind? Ist der Behördenapparat, ist vor allem die Baupolizei der größeren Städte leistungsfähig genug, um überall nach dem Rechten zu sehen?

Wie diese Fragen sind Angelegenheit der öffentlichen Verwaltung und der zuständigen Staats- und Gemeindebehörden. Es tut dringend Not, daß diese zusammen an der Überwindung der schweren Mißstände arbeiten, die in den letzten Wochen und jetzt erst wieder in Kassel zutage getreten sind.

Der verzögerte Protest.

Die Kleine Entente unter Druck.

Die Aufdeckung illegaler Waffentransporte von Italien nach Ungarn durch die österreichischen Zollbeamten der Station St. Gotthard hat besonders in Prag und in Belgrad beträchtliche Aufregung erzeugt. Auch in Bukarest war man über diese geheime und vertragswidrige Aufrüstung Ungarns durch Italien empört. Es bestand nun zwischen den drei Mächten der Kleinen Entente die Absicht, beim Völkerbundsekretariat zu intervenieren, damit der Rat auf seiner kommenden Tagung im März eine offizielle Unterjochung dieser Angelegenheit beschleße.

Die Vertreter der Tschechoslowakei und Südlamiens in Genf sind bereits seit mehreren Tagen im Besitz von gleichlautenden Notizen ihrer Regierungen, durch die ein Eingreifen des Rates veranlaßt werden soll. Diese Notizen konnten jedoch bisher nicht überreicht werden, weil der Vertreter Rumaniens noch keine Instruktion von seiner Regierung erhalten hat und weil in allen wichtigen politischen Dingen die drei Mächte der Kleinen Entente gemeinsam vorzugehen pflegen.

Der Grund dieser Verzögerung ist nicht schwer zu erraten: Die Angelegenheit von St. Gotthard ist nämlich mindestens ebenso kompromittierend für Italien, das die Waffen erzeugt und geliefert hat, wie für Ungarn, das die Waffen erhalten sollte. Die Regierung Mussolinis versucht nun mit allen Mitteln, den peinlichen Vorstoß der Kleinen Entente zu durchkreuzen. Sie kann sich dabei schwerlich an die Belgrader Regierung wenden, mit der sie sowieso auf gespannter Führe steht. Eine Einwirkung auf Prag kommt ebenfalls kaum in Frage; denn, einerseits waren in dem vorliegenden Falle die italienischen Maschinengewehre offensichtlich dazu bestimmt, die ungarische Irredenta an der slowakischen Grenze zu bewaffnen, und außerdem sind die Beziehungen zwischen Rom und Prag infolge der demonstrierten Freundschaft zwischen Italien und Ungarn seit langem getrübt.

Dagegen unterhält Italien verhältnismäßig gute Beziehungen zu seiner „lateinischen Schwester“ auf dem Balkan, Rumänien. Diese Freundschaft leidet zwar zeitweilig ebenfalls unter der Intimität, die von den Regierungen Mussolinis und Hortys zur Schau getragen wird, doch bleibt immerhin Rumänien der Staat in der Kleinen Entente, dessen Verhältnis zu Italien relativ das beste ist. Deshalb versucht gegenwärtig die italienische Regierung Rumänien dafür zu gewinnen, daß es sich von der geplanten gemeinsamen Aktion in Genf wieder lossage. Der rumänische Außenminister Titulescu, der ursprünglich zu Erholungszielen an der italienischen Riviera weilte, wird von Mussolini umworben. Titulescu ist in Rom in Begleitung des bisherigen zweiten Vertreters Rumaniens im Völkerbundrat Commene (der demnächst den Berliner Gesandtenposten antreten wird), eingetroffen. Einsteigen dürfte also der gemeinsame Schritt der Kleinen Entente in Genf unterbleiben. Außerdem sind die Botschafter Italiens in London, in Paris und wohl auch in Berlin sehr rührig am Werke, um die einzelnen Großmächte für eine Vertuschung der St. Gotthard-Angelegenheit zu gewinnen. Man hofft, daß ein allgemeiner Druck der Großmächte die Regierungen in Prag und Belgrad schließlich veranlassen wird, von ihrem Vorhaben in letzter Stunde abzusehen.

Im Laufe des vergangenen Jahres ist es der Regierung Mussolinis mehrmals gelungen, die Völkerbundsmächte von der Erörterung solcher Angelegenheiten in Genf abzuhalten, die Italien peinlich werden konnten. Man denke an Albanien. Mussolini scheute sich dabei nicht, mit der erpresserischen Drohung eines Austrittes Italiens aus dem Völkerbund andeutungsweise zu operieren. Es ist daher leider sehr wohl möglich, daß es ihm auch diesmal gelingen wird, den Waffenschmuggelkandal von St. Gotthard zu vertuschen. Die Prager und Belgrader Blätter äußern sich bereits sehr erbittert über diese Bestrebungen, deren Erfolg einen neuen Beweis für die Mangelhaftigkeit des Völkerbundes bedeuten würde. Die gefragte Debatte im Prager Abgeordnetenhaus und insbesondere die Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Schramel hat bereits die tiefe Misstimmung deutlich offenbart, die die tschechoslowakische Regierung über den Zwang empfindet, der auf sie ausgeübt wird.

Was nun Deutschland betrifft, so möchten wir die Wilhelmstraße dringend davor warnen, sich dazu herzugeben, die italienisch-ungarischen Waffenschmuggelgeschäfte zu vertuschen zu lassen. Das Argument der „Solidarität“ zwischen dem entwaffneten Deutschland und dem entwaffneten Ungarn ist hier durchaus unangebracht. Es handelt sich in dieser Affäre um den klaren Beweis der kriegerischen Umierarbeit des italienischen Faschismus im Herzen Europas. Die Abrüstungsbestimmungen der verschiedenen Friedensverträge von 1919 sind in ihrer Einseitigkeit zweifellos ungerecht. Ihre Revision auf legale Art ist unbedingt erforderlich, falls nicht in kürzester Zeit die in diesen Friedensverträgen feierlich versprochene Angleichung durch allgemeine Abrüstung verwirklicht wird. Aber eine Angleichung „unter der Hand“ mit Hilfe gefälschter Frag-

Die Agrarier drohen mit Revolution

Eine Milliarde für die Landwirtschaft? — Bauernbündler fordert im Reichstag zur Zerstörung von Finanzämtern auf.

In der vorliegenden Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt hatte bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft der Minister Schiele die Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung bereit sei, die Erlangung und Ausgabe von Reichsgeldern durch öffentliche Stellen zur Umschuldung der Landwirtschaft zu unterstützen. Bis diese Gelder flüssig gemacht werden könnten, werde die Reichsregierung im Rahmen des Möglichen Vorschüsse gewähren. Des weiteren wolle die Reichsregierung den Landwirten durch Ermäßigung und Stundung von Steuern helfen.

Um diese den Landwirten so überaus entgegenkommende Erklärung drehte sich die allgemeine Aussprache in der Dienstags-Sitzung des Haushaltsausschusses, und die Vertreter der Landwirtschaft ärgerten nicht, nach dem Grundriss zu handeln, daß man das Eisen schmieden müsse, so lange es warm sei.

Der Abgeordnete Kling (Bauernbund) stellte

große Straßendemonstrationen in Aussicht, bei denen es auch zur Zerstörung von Finanzämtern kommen könne.

Der deutsch-nationale Abgeordnete Jandrey redete andauernd von dem Pulverfaß, das bald zur Explosion kommen werde, und erwiderte auf einen Zwischenruf „Na, na!“, „die Sozialdemokraten sollten nur nicht glauben, daß sie die Revolution in Erbpacht genommen hätten.“

Diesen Ausführungen traten Genosse Dr. Hilferding und der Zentrumsgenosse Erking aufs schärfste entgegen. Erking schloß seine Rede mit den Worten: „Wenn Sie zu Straßendemonstrationen und ähnlichem auffordern, so erkläre ich Ihnen: diesen Weg werden wir nicht mit Ihnen gehen.“

Zu Beginn der Sitzung erörterte Genosse Schmidt-Berlin die Frage, wie den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, die hauptsächlich Viehzucht treiben, geholfen werden solle, und erklärte, daß das beste Mittel dazu die Aufhebung der Futtermittelzölle sei. In Dänemark, wo ganz niedrige, aber für die Landwirtschaft doch noch auskömmliche Viehpreise herrschen, sei dies nur durch ganz niedrige Futtermittelpreise möglich. Im Zwischenhandel herrschten Mißstände, die die Erzeugung der städtischen Bevölkerung erklärten. — Den Vorschlägen des Abg. Dietrich,

überschuldete Großbetriebe durch den Staat aufzukaufen,

stehe die Sozialdemokratie grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Die Voraussetzung dafür sei indessen, daß Hand in Hand mit dieser Maßnahme eine Bodenreform gehe, die es ausschließe,

daß den Großgrundbesitzern hohe Bodenpreise gezahlt werden. Eine eventuelle Wersteigerung des Grund und Bodens müsse der Öffentlichkeit zugute kommen.

Genosse Dr. Hilferding kontrastierte in seinen Ausführungen das Verhalten des volksparteilichen Abg. Hepp, des Führers des Reichslandbundes im Ausschuss mit der jugendlichen Agitation des Landbundes draußen im Lande. Hier habe Herr Hepp davor gewarnt, sich Erwartungen hinzugeben, die nach Lage der Dinge nicht zu erfüllen sind. Draußen werde vom Landbund wüst agitiert. Die Diktate des Landbundes machten auf die Sozialdemokratie aber keinen Eindruck. Was die Verschuldung betreffe, so leugnet die Sozialdemokratie nicht die schwierige Lage mancher Betriebe. Sie wende sich aber gegen jede Verallgemeinerung. Die Sozialdemokratie sei bereit, an der Umschuldung mitzuarbeiten, aber die Kredite dürften nicht als Besitzkredite, sondern nur als Betriebskredite gegeben werden. Daraus folge, daß kontrolliert werden müsse, ob diese Kredite in der Tat nur für produktive Zwecke Verwendung finden. Genosse Dr. Hilferding verlangt vom Minister genaue Details über diesen ganzen, noch immer nebelhaften Plan. Reichsregierung und Regierungsparteien lamentieren und klagen den Reichstag an, daß er eine zu große Ausgabenwirtschaft treibe. Hier wolle man aber in die Landwirtschaft ohne jeden festen Plan Niefensummen hineinpuffen.

Man spreche von einer Milliarde Auslandsanleihen, und zwar als erste Rate!

Den Kommunen habe man alle Auslandsanleihen abgeriegelt, obwohl Zinsen und Amortisation absolut sichergestellt waren. Den Berliner städtischen Verlen, die Milliardenwerte darstellten, habe Herr Schacht Auslandsanleihen verlangt. Bei den Landwirten sind Zinsen und Amortisation nicht sichergestellt. Das Reich wird einen Teil der Zinsen durch einen Zinszuschuß jedenfalls übernehmen müssen. Es handelt sich also im Grunde um eine verschleierte Anleihe des Reiches. Er wüßte zu wissen, was der Reichsbankpräsident Schacht zu diesem Plane gesagt habe. Die Sozialdemokratie werde vor Klarstellung all dieser Verhältnisse den Etat für Ernährung und Landwirtschaft nicht verabschieden.

Unmittelbar nach dem Genossen Dr. Hilferding erhob sich der Minister Schiele, um mit wenigen Worten zu erklären, der Reichsbankpräsident

Schacht sei mit den Plänen der Reichsregierung durchaus einverstanden.

Die Detailfragen des Abg. Hilferding, wie die Dinge sich im einzelnen abspielen werden, könne er allerdings noch nicht beantworten, da die Beratungen noch nicht geschlossen seien. Es werde jedenfalls dazu kommen, daß die Provinzen in diesen Plan einbezogen werden.

riefe darf auf keinen Fall begünstigt werden. Italien will Ungarn aufrüsten, weil es für den Fall eines Krieges mit Jugoslawien einen Bundesgenossen im Rücken seines Gegners braucht. Diese für den gesamten europäischen Frieden gemeingefährlichen Pläne Mussolinis müssen mit allen Mitteln bekämpft und gebremst werden. Deshalb ist es Pflicht der Reichsregierung, frei von jeder unangebrachten Solidarität mit Ungarn, den von der tschechoslowakischen und von der jugoslawischen Regierung geplanten Vorstoß in Genf zu unterstützen.

Beweis neue Präzedenzfälle?

Paris, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Dem Belgrader Berichterstatter des „Zeit Parisien“ versicherte der rumänische Gesandte Gwandj, daß die kleine Entente trotz allem Druck doch gegen die ungarischen Waffenschiedungen protestieren werde. Darüber herrsche volle Einigkeit bei den beteiligten Regierungen. Man habe unüberlegliche Dokumente in der Hand, die beweisen, daß der jetzt entdeckte Waffenschmuggel der zehnte dieser Art sei. Ungarn habe seit der Aufhebung der Militärkontrolle schon so viel Waffen eingeschmuggelt, daß es mindestens zehn kriegsstarke Divisionen aufrüsten könne.

Die Landbundhege.

Selbst den Regierungsfreunden wird sie zu dumm.

Gegenüber der anmaßenden Forderung der Landbündler, daß eine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse überhaupt verhindert und der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages hintertrieben werden soll, schreibt die „Tägliche Rundschau“:

Wir haben volles Verständnis für die Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Landwirtschaft befindet. Diesen Schwierigkeiten ist auch gerade in bezug auf die Basis der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen voll Rechnung getragen worden. Wir warnen aber im wohlverstandenen Interesse der deutschen Landwirtschaft davor, den Bogen zu überspannen und Reizeprogramme zu veröffentlichen, welche in dieser Art und Form nur geeignet sind, durch die selbstverständliche sich dagegen erhebende Reaktion anderer Kreise der deutschen Landwirtschaft nicht zu nützen, sondern zu schaden.

Die „Tägliche Rundschau“ steht bekanntlich der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen nahe. Das Blatt hat ebenso wie die ihm befreundeten Parteien genug dazu getan, um die Demagogie des Landbundes ins Kraut schießen zu lassen. Wenn jetzt die Regierung selbst bereits Warnungen an den Landbund ergehen lassen muß, den Bogen nicht zu überspannen, so ist das bezeichnend für den Zusammenhalt und die geistige Zusammenarbeit in dieser Koalition, die einmal erklären läßt, die Absperrung vom Ausland wäre wirtschaftlicher Selbstmord, aber den Reichslandbund mit seinen überspannten Forderungen in seine Schranken nicht zurückweisen vermag, weil ja die Landbundsfunctionäre durch die Deutschnationale Partei im Rechtsblockkabinett maßgebend vertreten sind.

Neuer Reichswehrprozeß.

Zur Klarstellung der Waffenschiedungen.

Das Reichswehrministerium hat, wie wir hören, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Berliner Tageblattes“, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, weil dieses zwei Beamten der Seetransportabteilung in Zusammenhang mit der dunklen Munitionsaffäre von Kiel gebracht hatte. Der Strafantrag soll dazu dienen, die Sache aufzuklären.

Das neue Museum in Dessau.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

In der Hauptstraße der immer noch recht idyllischen Hauptstadt Dessau (man sieht sogar Pferdeuhrenwerte in größerer Zahl dort) steht an hervorragender Stelle das Palais Reine, von dem Erdmannsdorff-Schüler J. B. 1883 erbaut, eins der schönsten und besterhaltenen Beispiele eines modernen klassizistischen Wohnhauses. Von alten dorischen Säulen ist der verteilte Eingang flankiert, im hellen Treppenhaus schwingt die edle Grazie der Holzglieder frei und geräumig empor, heile und hohe Räume laden zu gedämpfter Lebenslust, bei der nicht Soporose, sondern Harle und Spinell den Ton angeben wollen.

In dieser wohlbeleuchteten und geräumigen Folge edler Räume ist seit kurzem eins der anmutvollsten Museen deutscher Kunst untergebracht; und da die Galerie ebenso gering an Umfang wie erlesen an Qualität ist, so kann man es wohl als einen Genus bezeichnen, sie anzuschauen, und sie wird neben dem Bauhaus und dem Wörflinger Park künftig den Anziehungspunkt Dessaus bilden. Hier ist das Experiment gelungen, den alten Erdbest eines deutschen Fürstentums in Allgemeinut umzuwandeln; wohl am spätesten von allen deutschen Kunstsitzen der Art. Das Verdienst gebührt dem Landeskonseruator Dr. Grote, der aus den Schößern Anhalts die wertvollsten Bestandteile herausholte, die verschiedenen Konglomerate, Eristungen und dergleichen zur musikalischen Einheit im Poszi-Palats verschmolz und dazu noch Mittel heranholt, die Bestände zu ergänzen, auf die allerhöchste Art.

Solchergehalt ist die seit zweihundert Jahren fortgeführte Sammelleidenschaft deutscher Fürsten einmal zum Segen ausgeklagt und Anlaß eines kleinen Kulturzentrums geworden. Die Atmosphäre eines altererbten Palastes, die solche Sammlungen geschlossen macht als amerlisch-moderne aus dem Boden gekampfte Museen (wie die Berliner), ist durch das schöne Heim und durch die Art ihres Bestandes gewahrt; man hat in Dessau das Gefühl eines organisch Gewordenen, nicht einer Sammelmaße.

Nach der Artung der verschiedenen Erwerber gliedert sich die Sammlung: der kostbarste Teil enthält altdeutsche Meister in erlesenen Stücken, voran eine große Anzahl von Cracachs (vor allem den „Fürstentum“ von 1508), dann Dürer, Altduna, B. u. n. Petrus Christus (eine ganz besonders schöne Seitenst.) prächtige Handzeichnungen dieser Meister nebst solchen von Altdorfer, Urs Graf, Hans Holbein, Tobias Stimmer schließen sich an. Es folgt eine Galerie von Niederländern und Deutschen der Barockzeit, unter denen ein herrliches Porträt von Rubens und ein Riesenhäuschen von Jan Fyt, die Glanzpunkte bilden. Dietrich und A. Zick auf deutscher Seite bemerkbare Qualität entfaltend. Frankfurter Maler aus der Goethe-Zeit, die Seckah, Junker, Hirt, Schüy (schließen sich an (ein wertwürdiger Erwerbserwerb, der Dichtung und Wahrheit auf (Lustriert). Und endlich eine sehr ausbaufähige Sammlung von deutschen Malern aus der Romantiker- und Biedermeierzeit. Zum größten Teil wurzeln sie im Heimathoden Dessaus selber, wie K. W. Kolbe, die Brüder Olshiez, Krügen und Franz

Der Kampf um die Simultanschule.

Ein freibleibender Antrag der Deutschen Volkspartei.

Nachdem die Deutsche Volkspartei durch die Haltung des Zentrums und der Deutschnationalen zu der Frage der Simultanschule in große Verlegenheit gekommen ist, hat sie jetzt folgenden Antrag zum § 20 des Schulgesetzes eingebracht:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Betenntnissen nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Herkommen besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustande.“

Der Antrag soll also, entgegen den Forderungen der Freunde der Konfessionsschule, es ermöglichen, daß die Simultanschule in den westdeutschen Staaten bestehen bleiben kann.

Natürlich stößt ein solcher Vorschlag auf den starken Widerspruch der übrigen Regierungsparteien. Infolgedessen hat der Interfraktionelle Ausschuß der Koalitionsparteien ein Kompromiß auf folgendem Wege gesucht: Der Staatsgerichtshof soll entscheiden, auf welche Länder dieser Paragraph Anwendung finden soll.

Die Deutsche Volkspartei will also die Verantwortung dafür, daß die Konfessionsschule entgegen dem Willen ganzer Länder und entgegen dem bisherigen Brauch durch das Schulgesetz zur Einführung gelangt, von sich und von dem Parlament auf den unkontrollierbaren und selbständigen Staatsgerichtshof abwälzen. Sie ist in Schulfragen liberal — jedoch nur freibleibend, nämlich, wenn der Staatsgerichtshof nichts anderes beschließt. Eine derartige Irreführung wird bei den Wählermassen im Lande natürlich nicht verfangen.

Im Zeichen der Sparsamkeit...

Ganze Reichstagsparteien für Ausgaben ohne Kontrolle.

Ganz erstaunlich ist die Interesslosigkeit großer Koalitionsparteien des Reichstages an der Prüfung der Haushaltsrechnungen, also der wirklichen Einnahmen und Ausgaben, die auf Grund des Budgetgesetzes erfolgt sind. Als heute, Mittwoch vormittag, der Rechnungsprüfungsausschuß zusammentrat, fehlte zum großen Erstaunen der Vorsitzenden, der Volksparteier Klinspor, unentschuldig — er kam überhaupt nicht. Von den Deutschnationalen war ebenfalls zur Rechnungsprüfung niemand erschienen! Der Rechnungsprüfungsausschuß ließ sich aber nicht sabotieren. Er tagte dann unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, eines Zentrumsvorstehers. Unser Genosse Simon Schwanen gab als Berichterstatter einen ausführlichen Einblick in die über- und außerplanmäßigen Ausgaben der einzelnen Ministerien, wie sie durch die Haushaltsabrechnung erkennbar geworden sind. Genosse Heinig erörterte dann die vielen Mängel und dunklen Stellen in der Haushaltswirtschaft des Reiches nach der grundsätzlichen Seite. Die Sozialdemokratie verlangt, daß unter allen Umständen und bei allen Ausgaben das Budgetrecht des Reichstages auf das strengste beachtet wird. Deswegen wurde auch um Auskunft ersucht, ob die Reichshaushaltsordnung bei der Rechnungsprüfung des Phoebus-Standals voll beachtet werde. Der Vertreter des Rechnungshofes erklärte dazu, daß in der Phoebus-Angelegenheit die rechnungsmäßige Nachprüfung durch die Sonderuntersuchung nicht erledigt sei.

Auf sozialdemokratischen Antrag wurde dann noch beschlossen, daß von jetzt aber wieder die Stats der Ministerien in bezug auf ihre Ueberschreitungen der Haushaltsansätze einzeln erfolgen solle. Diese Einzelerrörterung beginnt in der Sitzung am Sonnabend, dem 28. Januar.

Mertens kommt vor das Reichsgericht. Der durch seine antimilitaristischen Enthüllungen bekannte Schriftsteller Mertens in Genf hat zu der Beweisaufnahme im Schred-Prozeß mitgeteilt, daß er noch einige Lichtbilder von Dokumenten besitze und dem Gericht zur Verfügung stellen wolle. Auf Antrag der Verteidigung beschloß das Gericht, Mertens für den 28. Januar als Zeugen zu laden und ihm festeres Geleit zu gewähren, das ihn vor einer Verhaftung wegen der gegen ihn schwebenden Strafverfahren schützt.

Krügert der Berliner (der bei Dessau geboren war und dort seine erste Schulung erhielt). So ist die Verbindung mit dem Heimathoden hier gewahrt, und es ist zweifellos, daß die Bilder dieser Künstler heute wieder unseren Herzen am nächsten stehen und recht eigentlich in dieses schöne Haus zu gehören scheinen.

Musikerziehung und Musikverständnis.

Tagung des Deutschen Musikerverbandes.

Eine Reichstagung der Gruppe „Musiklehrer, Organisten und Chordirigenten“ des Deutschen Musikerverbandes fand am 20. und 21. Januar im Sitzungssaal des Verbandshauses in Berlin statt. Zu der Tagung waren Vertreter aus allen Teilen des Reiches sowie die Mitglieder des Kunstauschusses des Verbandes erschienen. Auch der preussische Musikreferent, Prof. Kestenberg, war der an ihn ergangenen Einladung gefolgt. Nach einem ausführlichen Referat des Verbandstunwarts K. Jahn-Berlin über „Staatsaufsicht und Musikunterricht“, das eine sehr ausgedehnte Aussprache auslöste, gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der auf die gegenwärtig noch außerordentlich unbefriedigenden Verhältnisse im Musikschulwesen hingewiesen und die Schaffung einer reichsgesetzlichen Grundlage für die gleichmäßige Regelung des Musikunterrichtswesens in allen Ländern gefordert wird. In der Entschließung wird des weitern als dringend notwendig bezeichnet, daß, solange eine reichsgesetzliche Grundlage nicht vorhanden ist, die Länder sich über möglichst einheitliche Richtlinien für die staatliche Aufsicht des Musikunterrichtswesens — unter mitbestimmender und mitverantwortlicher Mitwirkung der zuständigen Berufsorganisationen — und unter Einbeziehung der Chöreiterfähigkeit verständigen mögen. Hinsichtlich des preussischen Erlasses vom 2. Mai 1925 betreffend den Privatunterricht in der Musik wird u. a. die Verpflichtung der staatlichen Musikreferenten gefordert, nur in ständiger Zusammenarbeit mit den zuständigen Berufsorganisationen ihre Tätigkeit auszuüben; ferner, daß die jetzt verlangte jährliche Erneuerung des Unterrichtsverlaufs-scheines beseitigt wird, ein Widerruf der Erlaubnis überhaupt nur zulässig sein soll, wenn in der Person des Berechtigten ein wichtiger Grund gegeben ist; daß zu den Prüfungen Vertreter der Berufsorganisationen hinzuzuziehen sind, sowie daß Instrumentalunterricht nicht Lehrfach an den allgemeinen Lehrbüchern- und Bildungsanstalten sein soll.

Die Tagung beschäftigte sich sodann noch eingehend mit „Fragen der Musikerziehung“. Sie bezeichnete die Erziehung der Jugend zum Musikhören und zum Musikverständnis als im Kulturinteresse liegend für sehr erwünscht. Auch beim Instrumentalunterricht, der ausschließlich von Berufslehrkräften auszuüben ist, müsse auf die Bedeutung der geistigen Kräfte mehr als bisher Bedacht genommen werden.

Der Rest der Tagung war Besprechungen innerer Art gewidmet. Eine Vorführung der Berliner Jaques-Dalcroze-Schule im Grotian-Steinweg-Saal und ein Besuch in der Berliner Staatlichen Hochschule für Musik angegliederten

Stalin gegen Herausgeschmeißen.

Ein Brief aus dem Jahre 1925.

Der Suhler „Volkswille“ veröffentlicht ein freundschaftliches Schreiben Stalins an Maslow aus dem Jahre 1925, der Zeit der Anfänge des Kampfes Stalins um die Macht. Der Inhalt des Briefes: das russische J.R. würde sich den Bauern vor Sachen halten, wenn es erfahren würde, daß Maslow ihn im Verdacht habe, eine Wendung nach rechts zu Brandier und Thalheimer hin zu machen.

Aktuelle Bedeutung hat die folgende Stelle des Briefes:

„Ich bin ganz entschieden gegen die Herausgeschmeißen-Politik in bezug auf alle andersdenkenden Genossen, ich bin gegen eine solche Politik nicht deshalb, weil ich Mitleid habe mit den Andersdenkenden, sondern deshalb, weil eine solche Politik in der Partei ein Regime der Einschüchterung, ein Regime des Angstmachens, ein Regime, das nicht den Geist der Selbstkritik und der Initiative fördert, züchtet. Es ist schlecht, wenn man die Parteiführer fürchtet, aber nicht verehrt. Die Führer der Partei können wirkliche Führer der Partei nur dann sein, wenn man sie nicht nur fürchtet, sondern auch in der Partei verehrt und ihre Autorität anerkennt.“

Stalin von 1925 gegen Stalin von 1928. Damals freilich war er noch nicht im Vollbesitz der Macht. Heute schmeißt er heraus — bis nach Sibirien.

Die enttäuschende Finanzdebatte.

Rein akademische Reden.

Paris, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Der gestrige erste Tag der großen Finanzaussprache in der Kammer bildete für die Deutschnationalen in Frankreich eine große Enttäuschung. Man hatte alles andere erwartet. Man hatte geglaubt, daß es sofort zu einem scharfen Waffengang zwischen der Regierung und der Kammer kommen werde über die verschiedenen Stabilisierungstheorien. Statt dessen erlebte man nur wohltemperierte, rein akademische Vorträge.

Die Nervosität im Schoße des Kabinetts scheint sich angesichts dieses außerordentlich ruhigen Beginnes der Auseinandersetzungen fast entspannt zu haben. Poincaré hat antündigen lassen, daß er seinen großen Rechenschaftsbericht vielleicht noch weiter vertagen werde, evtl. dürfte er erst in der nächsten Woche das Wort ergreifen.

Faschistenfreiheit unterm Bürgerbloß.

In Belgien.

Brüssel, 25. Januar.

Im Zusammenhang mit den in der sommerschwischen Wanderausstellung angerichteten Verwüstungen fragte der kommunistische Abg. Jacquemotte die Regierung in der Kammer, welche Maßnahmen sie gegen die faschistischen Organisationen ergreifen habe, die sich offen bewaffneten.

Der Justizminister erwiderte, indem er „feststellte“, daß der Interpellant der Regierung keinen Vorwurf gemacht, sondern sich einfach gegen die faschistische Jugend und einige Zeitungen gewandt habe.

Luftkrieg in Vorderasien.

England gegen Bahabiten.

London, 25. Januar.

Die englischen Luftstreitkräfte haben ihre Operationen im Draf gegen den Mutaa-Stamm der Bahabiten fortgesetzt. Es ist bisher nicht gelungen, den Scheich Feisal od Dowlot gefangenzunehmen. Er soll beabsichtigen, an den König der Bahabiten, Ibn Saud, einen Friedensantrag zu machen.

Orchesterhalle des Deutschen Musikerverbandes geben den Delegierten erwünschte Gelegenheit, moderne Musik- und Musikerziehungsmethoden praktisch kennen zu lernen.

„Garten Eden“ — aber kein Paradies fürs Publikum. Das Theater in der Kommandantenstraße hat sich einen handfesten Schmarren herangezogen: Bernauer und Desterreichers „Garten Eden“. Es stellt damit Erna Rille heraus, die zwar ein bißchen derb ins Zeug geht, aber dabei nicht ohne Charme und Anmut ist. Ihr Spielpartner ist Ernst Hoffmann, der einen strebrigen, mensich primitiven Gelehrten zur Freude der Zuschauer zu gestalten weiß. Aber das entschuldigt die Wahl dieses Stückes nicht. Die Verfasser, die aus Übermangel sich häufig auf Großszenenstoffe stützen, sind ihrer Tradition im „Garten Eden“ treu geblieben. Dieser Garten ist kein Paradies für das Theaterpublikum. Die Darsteller unter August Trots etwas knalliger, aber ganz fetter Regie verwendeten Mühe und Können an ein unmögliches Stück. Grauvoller Stumpfimm wird verappt: eine Soubrette an einem Kabarett fünften Grades wird entlassen, weil sie anfänglich bleiben will. Die Garberobenfrau an besagtem Establishment ist aber eine penfanierte adlige Majorswitwe, die neunundvierzig Wochen in Dred und Glend lebt, um drei Wochen lang wieder ganz große Dame in erstklassigen Rivierahotels sein zu können. Natürlich nimmt sie, als sie das Glend der armen Unschuldigen feht, die auf die Reize mit und adaptiert sie sogar, als ein Privatbozent sich in sie verliebt. Am Hochzeitsloge kommt die Vorgeschichte der Braut heraus und die Ehe daher nicht zustande. Doch Tugend segt: Ein Jurchtbar reicher, wenn auch Jurchtbar alter Fürst heiratet die Verlassene. — Das Theater in der Kommandantenstraße, das in seinem Programmheft von „künstlerischer Entwicklung“ spricht, sollte doch möglichst bald damit anfangen! Les.

Deutschnationale Hegeleien. Am Dienstag wurde die Aufführung der Oper „Antigone“ des Deutsch-Schweizers Arthur Honegger im Essener Stadttheater von deutschnationalistischer Seite durch lärmende Störungen unterbrochen. Generalmusikdirektor Schulz-Dornburg ergriß das Wort und erklärte, man habe zwar das Recht zur freien Meinungsäußerung, aber der Zustand erfordere, daß man solche am Schluß äußere. Im übrigen bekannte er sich bei dieser Gelegenheit nochmals zu dem Gedanken, daß man die Pflicht habe, auch neuer Musik aufzuföhren, zum mindesten zur Diskussion zu stellen. Die Aufführung konnte danach bis zum Ende ungestört durchgeführt werden. Der Beifall war sehr stark.

Der Kopf der Venus von Knidos in Kopenhagen gefunden. Der dänische Archäologe Prof. Winterberg hat nach eingehendem Studium festgestellt, daß sich der Kopf des im Muse de Cincantenaire in Brüssel aufbewahrten Torso der berühmten Venus von Knidos, eines Meisterwerks von Praxiteles, in der Kopenhagener Glyptothek befindet. Ein Abguss des Kopfes, auf den Torso gesetzt, hat mit größter Genauigkeit die Zusammengehörigkeit, die sich an den Bruchstellen einwandfrei nachweisen ließ, bewiesen.

